

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitszusage 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Befugung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 40

Duisburg, den 2. Oktober 1926

27. Jahrgang

Was will unsere Konsumgenossenschafts-Bewegung?

Zur Werbeweche des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

P. Schlad, M. d. R., Köln.

Eine der tiefen Ursachen des Weltkrieges war die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft Schritt um Schritt auf Kosten anderer Industrieländer, besonders Englands, die Auslandsmärkte eroberte. Der Frieden von Versailles zeigt in seinen Bestimmungen geradezu grotesk den Willen, Deutschlands Wirtschaft zu zerstören, oder soweit als möglich lahmzulegen. Aus diesem Grunde das Bestreben, uns die Rohstoffbasis für unsere Wirtschaft zu nehmen. Man nahm uns das Eisen Lothringens, das Kali des Elsaß, die Kohlen der Saar und Oberschlesiens, dergleichen die Zinkgruben Oberschlesiens, fast die einzigen, die in Deutschland vorhanden waren.

Die Beschränkungen der Produktion selbst, die uns der Versailles Vertrag auferlegt, sind so mannigfacher Art, daß unsere Wissenschaft, Techniker und Ingenieure bei ihrer Arbeit stets auf diese Hemmungen stoßen. Diese Fesselung unserer Wirtschaft bedeutet natürlich eine starke Hemmung unseres Aufstieges. Diese Hemmung ist nur dann in etwa auszugleichen, wenn in Deutschland möglichst die Wirtschaftskämpfe vermieden und ein vom starken Willen des deutschen Volkes getragener Arbeitsgemeinschaftsgebäude eine reibungslose nationale Aufbaubarkeit ermöglicht.

Der Wirtschaftsfriede wird am meisten bedroht durch die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Gegensätze werden dadurch verschärft, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein unpersonliches geworden ist.

Das Bestreben, Arbeitsgemeinschaften zwischen den beiden Trägern der Wirtschaftskräfte, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zu schließen, kann ein Mittel sein, dem Wirtschaftsfrieden näher zu kommen. Dieses Mittel wird in guten Tagen der Wirtschaft, also bei aufsteigenden Konjunkturen, gute Dienste leisten. Bei Krisen, wo sich die gegenseitigen Interessen hart im Raume stoßen, wird die Arbeitsgemeinschaft vielfach versagen. Damit soll kein Wort gegen die Arbeitsgemeinschaft gesagt werden, sondern es soll nur angedeutet werden, daß sie kein Universalmittel gegen die Woll und Waterland schädigenden Triebkräfte darstellt.

Ein Weg, dem Wirtschaftsfrieden näher zu kommen, ist die stärkere Verschlingung des Arbeitnehmerstandes mit der Wirtschaft,

und zwar in der Eigenschaft als Arbeitgeber. Wenn der Arbeitnehmer als Einzelperson zum Arbeitgeber geworden, das Gewinnstreben ebenfalls zur Grundlage seines Handelns machen muß, ist mit diesem Einzelaufstieg in den Arbeitgeberstand nichts für den Wirtschaftsfrieden gewonnen. Vielfach hat sich sogar gezeigt, daß diese aufstrebenden und aufgestiegenen Existenzen ihre früheren Bestrebungen glatt verleugnen. Aber selbst wenn dieses nicht der Fall wäre, der Einzelne, mit dem besten Willen besetzt, würde den Geist der Wirtschaft beherrschenden Faktoren nicht zu ändern in der Lage sein. Dazu bedarf es einer anderen Art der Wirtschaftsgestaltung, und zwar der kooperativen, der genossenschaftlichen Wirtschaft.

Die breiten Arbeitnehmerschichten werden so lange in der Wirtschaft nur die Dienenden sein, wie sie nicht

im Mitbesitz der Produktionsgüter

sind. Der Besitz der Produktionsgüter wird stets die Vormacht in

der Wirtschaft bedeuten. Deshalb muß die Parole lauten: genossenschaftlicher Mitbesitz der Produktionsgüter.

Der gemeinschaftliche Mitbesitz der Produktionsgüter stellt die breiten Arbeitnehmerschichten alsdann mitten in den Kampf um die Existenz der nationalen Volkswirtschaft. Ihr Interesse ist nicht mehr beschränkt auf den Empfang eines größtmöglichen Anteils an dem Gewinn der Wirtschaft, sondern sie sind an dem Bestande und dem Erfolge ihres kooperativen Mitbesitzes der Produktionsstätten auf das lebhafteste interessiert.

Die Arbeitnehmerschichten verbinden alsdann infolge ihres genossenschaftlichen Mitbesitzes der Wirtschaft die fast unlösbar erscheinenden Gegensätze, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person. Ein kategorischer Imperativ zwingt sie nun, wenn auch nicht als Einzelperson, so dann doch als Gemeindeglied der Produktionsgemeinschaft, die Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszugleichen. Die Produktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer wird alsdann ihre große Aufgabe zu erfüllen haben, nicht nur Vermögensbesitz zu erringen, sondern auch die soziale Vermögensverteilung zu gestalten. Ihr Tun wird, je größer die gemeinschaftliche Produktionsgemeinschaft ist, um so mehr ihren sozialen Stempel der gesamten nationalen Volkswirtschaft aufzudrücken vermögen.

Die Revolution von 1918 hat zwar vermocht, die politische Struktur Deutschlands umzugestalten, die wirtschaftliche Struktur Deutschlands ist kapitalistisch geblieben, wie vor und während des Krieges, weil die Revolution keinen Ersatz für den kapitalistischen Wirtschaftsführer hatte.

Der Mitbesitz der Wirtschaft wird also nicht durch eine Revolution, auch nicht durch Gesetze gestaltet werden, sondern es wird der kooperative Weg in langamer Erringung des gemeinschaftlichen Besitzes gegangen werden müssen, um die Mitbestimmung in der Wirtschaft zu erringen.

Zwei Machtfaktoren stehen den breiten Schichten der Arbeitnehmer in ihrem Kampfe um den Mitbesitz der Wirtschaftsgüter zur Verfügung.

Der erste Machtfaktor ist ihre Kaufkraft.

Diese Kaufkraft, d. h. die Selbstbestimmung darüber, was und wo man kaufen will, muß organisch erfasst werden. Die Kaufkraft muß zu einem einheitlichen Willen ausgeübt, in den Dienst des Zieles des Mitbesitzes der Wirtschaft gestellt werden.

Ein Eintreten in die Produktion ohne Organisation der Kaufkraft ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die genossenschaftliche Neugestaltung der Produktion trifft auf einen kapitalstarken und welterfahrenen Gegner, den sie zu meistern hat. Sie trifft auf einen Gegner, der alle Vorzüge der Organisation, der Erfahrung und der Verbindung voraus hat. Diese Vorzüge können nur durch die vorherige Sicherstellung der Abnahme der genossenschaftlichen Produkte ausgeglichen werden. Im Kampf um den offenen freien Markt würde die Genossenschaftsproduktion, wenn auch nicht die Schwächere, so doch die Benachteiligte sein. Der Kampf um den freien nationalen Markt und den Weltmarkt kann erst eine Aufgabe späterer Zeit sein. Wenn aus diesen Ausführungen klar hervorgeht, daß die Genossenschaftsproduktion nur über den organisierten Bedarf sich eine Stellung in der Wirtschaft erringen kann, so ist der Weg klar gewiesen, den die genossenschaftliche

Produktion zu gehen hat. Dieser Weg geht nur über die organisierte Verbraucherschaft, über die Konsumgenossenschaft. In den Konsumgenossenschaften müssen sich die Arbeitnehmer, die zu gleicher Zeit die breiten Verbraucherschichten darstellen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Die Konsumgenossenschaften sind die Wirtschaftsstellen, sind das Embryo, aus dem sich naturnotwendig die Sozialwirtschaft der Verbraucherschichten entwickeln muß.

Sparkraft heißt der zweite Machtfaktor,

den die breiten Schichten für ihren Kampf um den Mitbesitz zur Verfügung haben. Es läßt sich nicht verkennen, daß die augenblickliche Lage der Arbeitnehmer der Entdeckung des sozialen Sparkapitals nicht gerade günstig ist. Die Frage des Mitbesitzes der Produktionsgüter ist aber keine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten, ja vielleicht einem Jahrhundert. Je eher die Erkenntnis den breiten Volksschichten wird, daß mit dem Sparen aus Gründen der eigenen Sicherstellung von Not und Elend auch der Zweck der Wirtschaftsgestaltung verbunden sein muß, desto eher wird der Einfluß der Sozialwirtschaft in der Gesamtkapitalwirtschaft fühlbar gemacht werden. Dazu ist natürlich Voraussetzung, daß die breiten Schichten und ihre Führer Vertrauen in ihre eigene Sozialwirtschaft haben. Weiter ist es kategorische Pflicht der Organisation der Arbeitnehmer und Verbraucher, daß nicht selbst aus ihren Mitteln privatkapitalistische Geldinstitute gespeist werden. Wenn die Führer der Organisation kein Vertrauen zu ihrer eigenen Sache haben, woher soll das Vertrauen der breiten Schichten kommen. Worte und Taten führen nicht zum Ziel, sondern die genossenschaftliche Tat bringt den Erfolg.

Kaufkraft und Sparkraft sind die Zauberkräfte,

die unwiderstehlich Produktionsgüter der Gemeinschaft und dem Gemeinschaftsbesitz der breiten Schichten zuführen, jedoch nur dann, wenn sie ausgeübt werden für das gemeinsame Ziel. Diese Zauberkräfte zu gestalten, sie einzuzwängen in den Strom genossenschaftlicher Arbeit, der werden soll ein ruhiger See in dem stürmischen Meer kapitalistischer Wirtschaft, das ist die erste Aufgabe der Führer der breiten Schichten. Der Mitbesitz der Wirtschaft wird den heißersehnten Wirtschaftsfrieden bringen, weil die gemeinschaftliche Wirtschaft selbst die Veröhnung der Gegensätze zwischen den Trägern der Wirtschaft Arbeitgebern und Arbeitnehmern, darstellt. Die Gemeinschaft zwingt zum Ausgleich der Gegensätze, die in der Kapitalwirtschaft unausgleichbar sind. Möge deshalb dieses Ziel nicht in allzu weiter Ferne liegen.

Die Werbeweche

für unsere Konsumvereinsbewegung findet statt vom 3. - 10. Okt.

Aus diesem Anlaß haben wir die ganze vorliegende Nummer unseres Verbandsorgans auf die Werbung für unsere wirtschaftlichen Institutionen, Konsumvereine und Volksbank eingestellt.

Wir wollen damit erneut den engen Zusammenhang hervorheben, der zwischen diesen unseren Einrichtungen und unserem christlichen Metallarbeiterverband besteht.

Nur die gemeinsame Arbeit von Gewerkschaft, Genossenschaft und Bank wird den dauernden Aufstieg der Arbeiterschaft gewährleisten.

Im Einholekorb der Hausfrau liegt eine wirtschaftliche Großmacht!

Ein christlicher Gewerkschaftler verzichtet auf die wertvollste Unterstützung aller gewerkschaftlichen Arbeit, wenn er sich nicht einer Konsumgenossenschaft anschließt und für den Genossenschaftsgedanken eintritt. Wer Auskunft über die Konsumgenossenschaftlichen Ziele und ihre bisherigen Leistungen wünscht, wende sich an den

Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, Bayenstrasse 45-47

Verbraucherwoche

J. Schob.

Die Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine werden in der Woche vom 3. - 10. Oktober einheitlich für den Zusammenschluß der Verbraucher. Eine ganze Woche auf die Werbe- und Aufklärungsarbeit der Genossenschaften eingestellt; das ist etwas Neues, ein erster Versuch. Haben wir nicht ein besonderes Interesse daran? Kollege Jakob Kaiser, Köln, schrieb vor einigen Jahren in einer Broschüre („Die Konsumgenossenschaften im Urteil führender Zeitgenossen“):

„Wir streben nach neuen Formen im Wirtschaftsleben, nach Formen, die besser sind als die bisherige Ordnung. Mit Neben, Forderungen und Gesetzen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Was wirklicher Fortschritt sein und Wert und Bestand haben soll, muß in praktischer Wirtschaft selbst organisch wachsen und reifen. Die Arbeit der Konsumvereine ist mit der beste Wegbahner für Regelung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaftsbelange. In den Konsumgenossenschaften lernt der Einzelne mit dem Genossen wirtschaften. Er erkennt das Mögliche und lernt das Unmögliche abzuschätzen. Dies gibt die sicheren Fundamente ab, auf denen allein aufbauende Arbeit im Sinne der Wirtschaftsumgestaltung erfolgen kann.“

Darin liegt kurz und klar ausgedrückt, was wir wollen: aber auch was der Einzelne tun muß, wenn wir zum Ziel kommen wollen. Daß es notwendig ist nach der Verwirklichung des sozialen Gemeinschaftsgebildens in der Wirtschaft zu streben, beweist uns leider jeder Tag aufs neue. Das persönliche Gewinnstreben ist doch das größte Hindernis in unserem genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Streben nach einer gerechten Bewertung der Arbeitskraft, auch für den Arbeiter gegenüber einer geradezu unsinnigen Ueberbewertung für zahlreiche „führende und leitende Personen“ in der Wirtschaft.

Daß es möglich ist, zu einem größeren Einfluß der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu kommen, dafür ist der Stand der wirtschaftlichen Eigenunternehmungen der Arbeitnehmer doch der beste Beweis. Konsumgenossenschaften, Bau- und Produktivgenossenschaften, Volksbank, Volks- und Feuer-Versicherung bsw., sie alle mußten einmal anfangen; mußten sich ideell und machinell durchsetzen und jahrelanger Arbeit bedurfte es, bis sie den heutigen Stand erreichten. Mühte unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung nicht auch einen langen und schwierigen Weg vorausgehen, ehe solche Aufgaben eigenwirtschaftlicher Unternehmungen in unseren Reihen aufgebaut werden konnten? Und dürfen wir uns nun nicht freuen über die bisherigen Erfolge? Jede einzelne der vorgenannten eigenwirtschaftlichen Unternehmungen kann mit bedeutenden Zahlen und Werken den Nachweis bringen, daß Großes geschaffen ist und darin liegt auch der Nachweis, daß sich noch Größeres schaffen ließe.

Wird alles das auch von den Kollegen in unseren Reihen anerkannt mit der rechten Freude an dem so oft betonten und geforderten „Mitbestimm in der Wirtschaft“? Oder ist nicht die Kritik am Vorhandenen größer, als die so notwendige Freude an dem, was sich an ein Werk, das noch vollendet werden muß und vollendet werden soll? Und diese Mitarbeiter des einzelnen Kollegen ist hier genau so notwendig wie in der gewerkschaftlichen Arbeit. „Kommt nicht an einem Tage erbaut“ Der Sinn dieses Satzes ist allen bekannt. Aber die gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte, die uns heute in den Fabrikantenverbänden und Konzernen entgegenstehen, sind auch nicht in wenigen Jahren zu ihrer Machtposition gekommen. Einigkeit, Willens- und Bestimmungsgemeinschaft, klares und bewußtes Streben zu einem gemeinsamen Ziel verband hier die Träger stets und darin lag und liegt auch heute noch für sie die Kraft zu größten Leistungen, die wir anerkennen müssen. Und wie ist es in den Genossenschaften? Ist nicht der Kerngedanke der Mitgliedschaft vorwiegend die Antwort auf die Frage: Was habe ich davon? Was nutzt alles Schimpfen auf die Auswüchse der Kellame, wenn wir beim nächsten Einkauf für den Haushalt darauf hereinfallen? Was nutzt uns das Schimpfen auf die Preisdikatur der Fabrikantenverbände, wenn wir bereitwillig ihre Preise zahlen, obwohl gleichwertige und billigere Waren aller Art aus der Eigenproduktion der vereinigten Verbrauchergenossenschaften zu haben sind? Stellen wir uns selbst in diesen Tagen der „Verbraucherwoche“ ernsthaft die Frage, weshalb die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in unserem Gesamtlande noch nicht das sind, was die Kritiker in unseren Reihen vollendet sehen möchten; dann kann die ehrliche Antwort nur lauten:

Wir haben auch in unsern Reihen leider noch mehr Material als Ideen Träger, und doch heißt es auch für uns nach alter Erfahrung: daß eine Bewegung aus dem Glanzen einer Idee die größte Kraft schöpft. Das klar erkannte Ziel ist es, das den Willen zum Handeln immer neu belebt und stärkt. Eine Bewegung ohne Idee ist der Erfahrung und dem Verfall übergeben. Der beste Kampf gegen fremde Ideenwelten ist immer die schöpferische Arbeit im Dienste der eigenen Idee.

Denken wir daran in der „Verbraucherwoche“. Stellen wir uns überall bereitwillig auch hier in den Dienst unserer Sache - und stellen wir nicht schließlich gar noch als christliche Gewerkschaftler unsere Kaufkraft in den Dienst der freigewerkschaftlich-sozialistischen Genossenschaften, wie es leider auch noch vorzukommen. Erfassen wir in der „Verbraucherwoche“ so recht die Tatsache, daß die Gegner des sozialen Gemeinschaftsgebildens in der Wirtschaft nur dann vergebens um den Endkampf ringen, wenn ihnen eine geistig rege Arbeiterschaft entgegentritt, die geeinigt ist unter einem Ziel, einem Willen und einem starken Vertrauen auf die eigene Kraft.

Technik -

Haushalt - Konsumgenossenschaften

Etwas für unsere Frauen!

Christel Hölgen.

Die Technik feiert Triumphe. Sie schreitet unentwegt weiter, trotz Wirtschaftskrisse und mancherlei unangenehmer Stimmungen. Wir haben allen Anlaß, uns dessen zu freuen, wenn uns auf der andern Seite nicht die Schatten bedrücken: zunehmende Arbeitslosigkeit und zum Nutzen verurteilt, tausende Hiene finnen, aus

der Not der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Gewiß, es fehlt an Mitteln, die Wirtschaft wieder flott zu machen, es fehlt noch mehr an Möglichkeiten, schnelle Umstellungen in einzelnen Arbeitsgebieten vorzunehmen. Und noch etwas kommt hinzu: die Maschine ersetzt mehr und mehr die menschliche Kraft - immer neue Vereinfachungen und Erfindungen schalten fast ganz den Menschen aus. Was früher vielleicht in harter Tagesarbeit geleistet wurde, geschieht heute durch einen Hebelbruch der Maschine. Wir können und wollen die Technisierung und Rationalisierung (Verbesserung der Arbeitsmethoden) nicht aufhalten. Sie gehören in das Programm und in die Gedankenkreise aller derer, die sich mit Wirtschaftspragen beschäftigen. Nicht genug damit: die Technik greift über auf alle Gebiete; sie spielt nicht nur in der Volkswirtschaft eine große Rolle - auch schon in der Hauswirtschaft.

Wir Frauen haben uns allzuwenig mit den Fragen der Technik auseinandergesetzt, trotzdem wir einen großen Teil der Arbeitskräfte in der Volkswirtschaft, mehr noch in der Hauswirtschaft stellen. Wir wissen, Fraueninteressen sind anderer Art, Frauen-sinn steht meist nach anderen Dingen. Das ist gut so und muß so sein. Aber auch hier stehen Fraueninteressen am Wege. Wir haben sie nur nicht richtig erkannt, vielen Dingen nicht die Bedeutung beigegeben, die ihnen zukommt. Um nur einiges anzuführen: Das elektrische Licht, mit allem, was es im Gefolge hat: Kochherde und Bügeleisen, Staubsauger und Töpfe und vieles mehr. Brauchen wir es nicht gedankenlos: einmal der Bequemlichkeit, ein anderes Mal der Willigkeit halber? Denken wir an die Vereinfachung, die es der Hausfrau gebracht hat: Das Reinigen der Petroleumlampe hörte auf; - wo früher das Herdfeuer angenehm werden mußte, tut's heute schnell der elektrische Kocher oder Gasherd. Das sind doch große Umwälzungen für den Haushalt, für die Arbeit der Hausfrau. Wir brauchen nur noch hinzuweisen auf so viele Vereinfachungen: statt des Reibeisens - die Reibmühle; statt des Holzweizens, das elektrische Bügeleisen u. a. m.

All diese Dinge wachsen täglich in neue Formen hinein. Man braucht nur einige Wochen einmal nicht in der Stadt an den Schaufenstern vorbeigezogen zu sein und man entdeckt immer wieder neue Dinge, die die Arbeit der Hausfrau erleichtern sollen, ihr manches abnehmen, das sie früher tüchtig schaffen getan und für das sie heute einfache Mittel hat, die ihr Ersparnis an Arbeit und Geld bederten. Gewiß, die wirtschaftlich schlechte Lage gestattet es den meisten Frauen nicht immer wieder mit den Neuanschaffungen das Alte zu verdrängen und das bis jetzt Gebrauchte einfach bei Seite zu schieben; es bleibt gewissermaßen nur einem kleinen Kreis vorbehalten, ihren Haushalt technisch auf das neueste einzurichten. Die Hausfrau würde vielleicht manches gerne kaufen, aber sie empfindet die wirtschaftliche Lage noch schwerer als der Mann, weil sie mit dem heute meist so großen Einkommen den Haushalt führen muß. Bei andern stößt die Vereinfachung der Haushaltsführung mit technischen Mitteln auf große Schwierigkeiten, weil die Hausfrau vom guten alten Schlag sich meist an die gewohnten Arbeiten hält und Neuerungen gar nicht oder wenig beachtet. Und noch etwas: die junge Generation weiß im allgemeinen noch viel weniger von hauswirtschaftlichen Dingen. Wir müssen auch das einmal feststellen: unsere Mädchenschule hat zu wenig hauswirtschaftliche Kenntnisse. Manche verstehen es so, daß das Mädchen einfach eine natürliche Eignung und auch demzufolge eine genügende Kenntnis für den Haushalt besäße. Dem ist nicht so. Die Hauswirtschaft muß genau so gelernt werden wie jeder andere Beruf. Wir haben uns das alles etwas leicht gemacht. Und weil es so ist, darum müssen wir auch ein gewisses Verlagen der Frau als Konsumentin feststellen. Weite Kreise unserer Frauen verwirtschaften das so gering gewordene Volkseinkommen in geradezu leichtsinniger Weise. Woher kommt das? Weil wir alle, Männer und Frauen, viel zu wenig Kenntnisse haben von der Bedeutung der Hauswirtschaft im Rahmen der ganzen Wirtschaft eines Volkes, von der Bedeutung der Hausfrau als Konsumentin - als Käuferin. Es ist an der Zeit, nun endlich einmal etwas mehr über die Stellung der Hausfrau zur Volkswirtschaft zu sagen, höchste Zeit, daß wir Frauen uns selbst damit beschäftigen. Gewiß, wir haben Hausfrauenvereine usw., die das tun könnten und auch wohl tun, auch ionstige Frauenorganisationen müssen sich noch stärker mit solchen Fragen befassen. Die Konsumgenossenschaften, die sich in den letzten Jahren sehr stark mit Fragen, die die Hausfrau angingen, beschäftigten, haben aber ein ganz besonderes Interesse daran, daß Fragen, die die Hausfrau als Konsumentin angehen, stärker in die öffentliche Diskussion und in die innere Arbeit der Konsumgenossenschaften hineingebracht werden. Gerade die Verbraucherorganisationen können und wollen es der Frau klar machen, was eine planmäßige Wirtschaft für den Einzelhaushalt bedeutet, daß nicht nur die gute Wirtschaftsführung den Grund für eine wirtschaftliche Besserung abgibt, sondern daß gerade der Gedanke des zweckmäßigen, planvollen Einkaufs nicht nur eine Stütze für den Einzelhaushalt, sondern darüber weit hinaus eine Angelegenheit des ganzen Volkes mit seiner Wirtschaft ist.

Und das wollen sie der Hausfrau heute noch einmal sagen: der Ausfluß an eine Konsumgenossenschaft ist heute notwendiger denn je. Er bedeutet zunächst eine Stärkung der Genossenschaftsbewegung. Eine starke Genossenschaftsbewegung ermöglicht es ihr, für den einzelnen Verbraucher billige und gute Lebensmittel und Bedarfsartikel abzugeben. Die Ersparnis gibt der Einzelfamilie die Aussicht, die Haushaltsführung zu verbessern, sei es durch bessere Lebenshaltung, sei es durch Anschaffung nützlicher Gegenstände, die der Hausfrau die Arbeit erleichtern. Darüber hinaus hat die Frau aber auch größeren Einfluß als Konsumentin.

In den Genossenschaften macht sich ja auch mehr und mehr der Wille bemerkbar, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. In einer Verbraucherorganisation bedeutet diese Aussicht sehr viel. Wir Frauen sollten diese Gelegenheit ergreifen und durch starke Anteilnahme am Leben der Konsumvereine dafür sorgen, daß gerade sie zu einem Instrument der Selbsthilfe, aber auch zu einer starken Stütze der Frauen in allen Fragen der Hauswirtschaft werden.

Die Zentralisation der genossenschaftl. Gütervermittlung

Feth Klein.

In der Genossenschaftsbewegung aller Länder hat die Frage des gemeinsamen Einkaufs seit jeher eine große Rolle gespielt.

In Deutschland geht die Zentralisation des Konsumgenossenschaftlichen Großverkaufs bis in die 90er Jahre zurück. Damals wurde aus den Genossenschaften des Hamburger Zentralverbandes die Groß-Einkaufs-Gesellschaft gegründet. Als sich im Westen die christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine bildeten, trat ganz naturgemäß auch hier der Gedanke einer Warenzentrale in den Vordergrund. Im Jahre 1901 gründete man die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft der christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine mit dem Sitz in M.-Stadbach. Diese Zentrale hatte nur kurzen Bestand und ging nach drei Jahren schon wieder ein. Als nun eine Konferenz westdeutscher Konsumvereine im Jahre 1905 in Neuß die Gründung eines Reichsverbandes beschloß, trat auch hier wieder die Zentralisation des Wareneinkaufs in den Vordergrund. Die westdeutschen, damals in Neuß zusammengetretenen Konsumvereine, schlossen sich dem Verband rheinpreussischer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bonn an, der für die Bildung der Genossenschafts-Gruppe seiner Bezugs-Kommission eine Lebensmittel-Abteilung angliederte. Diese hatte im Jahre 1906 einen Umsatz von 186 561 Mark, der sich bis 1911 auf 2 642 113 M. erhöhte. Im Jahre 1908 erfolgte die Gründung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. In dem gleichen Jahre faßten die Genossenschaften des Reichsverbandes in Düsseldorf den Beschluß, eine eigene Zentrale zu gründen. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Die Lebensmittel-Abteilung der Bonner Bezugs-Kommission wurde als Lebensmittel-Abteilung der neuen Zentrale der Konsumvereine des Reichsverbandes benützt. 1913 hatte die Groß-Einkaufs-Zentrale deutscher Konsumvereine G. m. b. H., wie sich das neue Institut nannte, einen Umsatz von 9 1/2 Millionen Mark. 1914 war dieser Umsatz auf 11 1/2 Millionen Mark gestiegen. Auch das neue Unternehmen erlitt, wie alle Wirtschaftsformen überhaupt, durch den Krieg nicht unbedeutende Rückschläge. Man kann sagen, daß die große Entwicklung erst im Jahre 1920 einsetzte und zu den Erfolgen führte, die nunmehr im einzelnen besprochen werden sollen.

Der Umsatz betrug nach der Stabilisierung im Jahre 1924: 24 Millionen, im Jahre 1925: 31 Millionen und im Jahre 1926, 1. Januar bis 30. September: 30 1/2 Millionen. Die Zentrale hat sich im Jahre 1923 in eine Aktien-Gesellschaft unter der Firma „Gepag“, Groß-Einkaufs- und Produktions-Aktien-Gesellschaft deutscher Konsumvereine umgewandelt. Sie wollte dadurch die Möglichkeit einer größeren Basis für ihr Unternehmen finden. Die Gepag verfolgt die ihr folgenden Genossenschaften mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art, soweit sie in den Konsumvereinen geführt werden. Sie bringt ihre Angebote den Genossenschaften genau in derselben Form nahe, wie das in einem privaten Geschäft auch geschieht. Preislisten in regelmäßigen Abständen orientieren die Genossenschaften über den Warenmarkt. Zweigniederlassungen und Läger in Berlin, Leipzig, Nürnberg und Hamm vermitteln den Verkehr mit den verschiedenen Bezirken. Die Zentrale in Köln wiederum faßt die Wünsche aller deutschen Genossenschaften des Reichsverbandes zusammen und verfolgt von Köln aus, aus ihren dort befindlichen Eigenproduktions-Stätten, der Kaffee-Großrösterei und der Druckerei, die einzelnen Vereine im Lande.

Die Gepag bzw. ihre Vorgängerin, die Groß-Einkaufszentrale, hat von Bonn kommend zunächst ihren Sitz in Köln-Mülheim aufgeschlagen. Von da zog sie im Jahre 1920 nach Düsseldorf-Reisholz. In Düsseldorf-Reisholz konnte sie in besonderem Maße unter den damals furchtbaren Verhältnissen der Ruhrbelegung riesengroße Vorteile den Genossenschaften bewilligen. Die Waren kamen einwandfrei über Köln in das besetzte Gebiet herein und gelangten auch, da die Eisenbahn bis Düsseldorf-Reisholz intakt war, bis zur Gepag. Von hier konnten die Genossenschaften, insbesondere des Industriebezirks, die Waren mit Lastautos abholen. Somit hat die Gepag in den damals recht schwierigen Verhältnissen der Ruhrbelegung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung des besetzten Gebietes Außergewöhnliches leisten können.

Von den Produktionsstätten, der Kaffee-Großrösterei und der Druckerei in Köln, ist schon die Rede gewesen. Außerdem gehören zur Gepag eine in allermodernster Art aufgebaute Fleischwaren-Fabrik in Berl, eine Seifenfabrik und eine Zigarrenfabrik, letztere in Kaldenkirchen. Diese Produktions-Stätten haben unter dem Gesichtspunkte, daß die Eigenproduktion das erstrebenswerte Endziel aller Konsumgenossenschaftlichen Bedeutung sein muß, bis jetzt gute Erfolge erzielt. Es werden auf dem Gebiete der Eigenproduktion seitens der Gepag und der angeschlossenen Genossenschaften noch recht viele Aufgaben zu erfüllen sein. Das was bis jetzt erreicht ist, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen und gibt die Gewähr, daß auch auf diesem notwendigen Gebiete die Genossenschaftsbewegung vorwärts kommen wird.

Die Gepag, die im Jahre 1913 einen Mitarbeiterstab von 26 Personen hatte, beschäftigt jetzt in ihren gesamten Betrieben 425 Angestellte und Arbeiter. Je größer die Ausdehnung der Produktionsstätten sich in der nächsten Zeit ermöglichen läßt, je größer wird auch die Zahl der beschäftigten Personen werden.

Die Zentralisation der Konsumgenossenschaftlichen Gütervermittlung hat auch, wie die Darlegungen beweisen konnten, im Rahmen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine große Erfolge erzielt. Durch die Genossenschaftsbewegung überhaupt geht ein Zug des gemeinsamen Wollens. Die Hunderttausende von Mitgliedern der einzelnen Genossenschaften, die ihren örtlichen Verein durch Wareneinkauf, Selbstbeschaffung und lebhaftes Interesse fördern und stützen, helfen mit, daß dadurch auch die Genossenschaft stark und groß werden kann, damit auf dem Gebiete der Zentralisation des Wareneinkaufs und der Genossenschafts-Gütererzeugung die von den Führern der Bewegung vorgesehenen Wege beschritten werden können. Jeder Verbraucher, ganz gleich, wo er steht, hat die Pflicht diese Bewegung zu unterstützen. Er hilft damit nicht allein seinen eigenen Lebensunterhalt zu verbessern, sondern er dient der ganzen Genossenschaftsbewegung und damit auch unserem ganzen deutschen Volk.

Arbeiterbewegung

zu gleicher Zeit auch für unseren christlichen Metallarbeiterverband für die deutsche Volksbank und unsere Versicherungen für die konfessionellen Ständevereine

Arbeiterkapitalkraft und Wirtschaftsführung

Die Banken sind die großen Geldreservoirs des Wirtschaftslebens, in sie laufen alle Geldströme der ganzen Welt hinein. Aus allen Bevölkerungsgeschichten strömen kleinere oder größere Mittel hier zusammen, um von den Banken an die kreditbedürftige Wirtschaft weitergegeben zu werden.

Wer die Macht über diese zusammengeballten finanziellen Mittel hat, wer den Strom des Kapitals so oder so lenken kann, der hat auch die Kontrolle über Wirtschaft und Betriebe mit in der Hand. Es gibt heute kaum noch eine Industrie, die nicht von der Hochfinanz „kontrolliert“ wird.

Man stelle sich nur einmal vor, daß die Morganbank in Nordamerika, die den Weltkrieg für die Entente finanzierte, heute mindestens 30 Prozent der amerikanischen volkswirtschaftlichen Kräfte kontrolliert, das heißt Einfluß hat auf mindestens 600 bis 800 Milliarden Mark amerikanischen Volkvermögens.

Ähnlich — wenn auch nicht in der Anhäufung solcher Kapitalmassen — liegen die Verhältnisse in Deutschland. Die Großbanken und die Hochfinanz beginnen heute stärker als je oft unheilvolle Einflüsse im gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands auszustrahlen. Das Wort Goldschmidts von der Diskonto-Gesellschaft „Die Aga (Automobilwerk) wird nicht saniert“, ist nur ein Symptom dafür, wie gutgehende und mit Aufträgen versehene Werke zum Stillstand gebracht und Tausende von Arbeitern arbeitslos wurden, weil der kapitalgewaltige Herr Goldschmidt die Abneigung gegen die Familie Sinnes, zu deren Konzern die Aga-Werke gehören, höher stellte als den volkswirtschaftlichen Endeffekt in der Produktion. Bekannt ist, daß die Großbanken seit Jahren den Kapitalstrom in die deutsche Wirtschaft nicht nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern lediglich nach dem Ausmaß des Gewinnes hineinkenteten. So kam es, daß für volkswirtschaftlich minder notwendige aber gutgehende Betriebe, Brauereien, Filmindustrie, leicht Kredit zu haben war, während Werke der Metallindustrie um einige tausend Mark sich die Weine ablaufen konnten. Bekannt ist auch das Anfeuern der Bankiervereinigung West- und Süddeutschlands an die Handelshochschule Mannheim, Prof. Meyer, Mannheim die Vorlesungsberechtigung zu entscheiden, weil er in einem Sachverständigengutachten für das Landgericht Düsseldorf gesagt hatte, daß Tageszinsen bis zu 15 Prozent, wie sie in der ersten Zeit der Stabilisierung erhoben worden waren, als Wunder anzusehen seien.

In dieser Macht der Großbanken haben leider die Arbeitnehmer aller Schichten mitgearbeitet. Sicher, nur ein Teil von ihnen arbeitete direkt mit der Privatbank, die meisten standen mit Sparkassen, Werkspenkassen usw. in Verbindung. Die Sparkasse gab einen großen Teil der aufgenommenen Gelder für Hypotheken usw. ab, ein anderer Teil des von Arbeitnehmern eingezahlten Sparkapitals aber ging zur „Arbeit“ in die Privatbank, die Privatbank gab ihr Geld einem Unternehmen und das Unternehmertum suchte mit dem Spargeld der Arbeitnehmer auch die Belange der Arbeitnehmer niederzuhalten. Wenn man bedenkt, daß in der Vorkriegszeit in den deutschen Sparkassen über 20 Milliarden Goldmark lagen und von diesen 20 Milliarden ein sehr erheblicher Teil nur auf das Konto der Arbeiterschaft kamen, dann kann man ermaßen, welche ungeheure wirtschaftliche Macht in die Hände der Arbeiterschaft gelegt war, wenn dieses Arbeiterkapital einheitlich geleitet und an sicheren Positionen eingesetzt hätte werden können.

Nichts war einleuchtender, als daß endlich auch der Wunsch aus der Notwendigkeit entsprang, dieses Arbeitnehmerkapital selbst zu verwalten und dafür zu sorgen, daß die Gelder nicht in einer die Arbeiterschaft schädigenden Weise verwandt werden. Man wollte mit Recht eine Kontrolle über die eigenen Gelder in der Hand behalten. Man begann einzusehen, daß man der vereinten Kraft des Privatkapitals nicht mit Versammlungen, Reden, Briefen und Büchern beikommen könne, sondern nur dadurch, daß man dieser Macht die geschlossene Macht des Arbeitnehmerkapitals entgegenstellte.

So kam man zur Gründung der Arbeitnehmerbanken in Deutschland, als deren erste unsere „Deutsche Volksbank“ im Jahre 1921 entstand.

Der Zweck der Arbeitnehmerbanken ist, die so ungeheuer verteilten und kleinen Kapitalplitter der Arbeitnehmer zu sammeln und zunächst an solche Unternehmungen weiterzugeben, die den Interessen der Sparer dienen, z. B. für Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, für Genossenschaften usw. Aber darüber hinaus geht der Zweck der Arbeitnehmerbanken auch dahin, Gelder an gemeinwirtschaftliche oder private Unternehmungen weiterzugeben, die die Gewähr bieten, daß sie die Arbeitnehmerinteressen nicht verletzen.

Bekannt ist die Präzisierung Stegerwalds der Aufgabe der Arbeitnehmerbanken:

„Durch die Pflege des berufständischen Sparverlehrs mittels besonderer Banken . . . müssen wir dahin gelangen, daß nicht mehr 70 Prozent des deutschen Volkes Lohn- und Gehaltsempfänger sind. Es müssen die organisierte Sparkraft, die organisierte Arbeitskraft und die organisierte Konsumkraft auf den großen Gedanken umgestellt werden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger weitgehend in den Mitbesitz und in die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinzuwachsen.“

„Es war in Essen im Jahre 1920 auf dem zehnten Kongress der christlichen Gewerkschaften, wo zum ersten Male vor der Öffentlichkeit der Gründung einer Bank für die christlich-nationale Arbeiterschaft Erwähnung getan wurde. Dort verlangte man die Gründung einer Volksbank für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die Begründung gab auch bereits die Aufgaben kund. Diese Bank sollte die Verwaltung und Nuhbarmachung der Organisationsgelder und privater Vermögen übernehmen. Es sollten Konsum- und Produktiv-Genossenschaften gefördert werden. Es sollte daran mitgearbeitet werden,

Was will die

Deutsche Volksbank?

Sie will
die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Volksgenossen zum positiven Mitträger der Wirtschaft machen.

Sie will
als Sparkbank der christlich-nationalen Arbeiter Angestellten und Beamten das Sparkapital im Wirtschaftsleben zur Geltung bringen.

Sie will
den Sparsinn der Einzelnen fördern.

Sie will
durch die Pflege des berufständischen Sparwillens wirken an der wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes.

Ueber 400 Sparannahmestellen im ganzen Reichsgebiet

Auskunft:
Deutsche Volksbank, Aktiengesellschaft
Essen 3, Hagen 64

den Weg der Waren vom Produzenten zum Konsumenten zu verkürzen und damit die Waren zu verbilligen. Aber das war nur eine Teilaufgabe. Bei der steigenden Mitgliederzahl und dem wachsenden Umfang der Aufgaben und Geschäfte werden die Gewerkschaften, wollen sie nicht dem großkapitalistischen Bankkonzern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, dazu übergehen müssen, eine eigene Zentralstelle für die Abwicklung aller dieser Aufgaben zu schaffen. Bei den Erörterungen der Aufgaben der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft wurde dann auch u. a. die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer verlangt und zur Erreichung und Sicherung solcher Positionen die Errichtung von Volksbanken gefordert.

Also immer wieder wird die Deutsche Volksbank und ihre Zweckbestimmung in die Bestrebungen der Arbeiterbewegung eingeordnet. Damit wird aber auch deutlich und vernehmbar Wesen und Charakter dieser Arbeitnehmerbank herausgekehrt. Es bedarf also kaum eines besonderen Verständnisses für die Beurteilung, daß diese Arbeiterbank, berufen und gegründet, um die Gelder der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen zu betreuen und damit besonderen Zwecken zu dienen, daß diese Bank nicht beliebige Wege gehen darf.

Die Bedeutung der Arbeitnehmerbanken liegt selbstverständlich in ihrer vorhandenen Finanzmacht, aber darüber hinausgreifend stärker noch in ihren sozialen Tendenzen. Es wird ihr Bestreben sein müssen, noch bedeutsamer ein Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft zu werden, der daraus nicht wegzudenken ist, ähnlich wie es heute schon die gewerkschaftlichen Organisationen und die Konsumvereine geworden sind. Aber es gilt auch zu bedenken, daß die Volksbank ein Kind der Inflationszeit ist, daß sie erst zwei Jahre Stabilisierung hinter sich hat und dennoch von sich sagen kann, Erprobliches geleistet zu haben. Es ist keine leichte Aufgabe, den Kapitalstrom, der früher aus allen Kreisen der Arbeitnehmer den Sparkassen und Banken zufließ, abzuleiten und dieses Kapital unter eigene Arbeitnehmerkontrolle zu bringen, trotzdem das so selbstverständlich und natürlich sein sollte. Die gegnerische Seite muß sich geradezu wundern, daß die Bewegung zur Selbstverwaltung des Arbeitnehmerkapitals bei uns erst in den Anfängen steht, mit dessen Eigenverwaltung der kapitalistische Zeitgeist doch so hart getroffen werden könnte.

Das ist den Gegnern nicht unbekannt. Ebenso wie sie mit allen Mitteln der organisierten Arbeitskraft in den Gewerkschaften, und der organisierten Konsumkraft in den Konsumgenossenschaften begegnen wollen, und ihnen vielfach kein Mittel dafür zu gering ist, so ist das noch mehr der Fall bei der organisierten Sparkraft in einer Arbeitnehmerbank. Da fühlt der Kapitalismus zum erstenmal das Gebiet, das er für sich reserviert hielt, den Kapitalmarkt, begangen. Es ist selbstverständlich, daß die bisherigen Schwärmer des Sparkapitals der Arbeitnehmer eine Arbeitnehmerbank nur sehr ungern sehen. Banken, Sparkassen, besonders der Handel, ja selbst das Handwerk steht vielfach den Bestrebungen ablehnend gegenüber.

Aber diese geschlossene Phalanx sollte dem Arbeitnehmer deutlich zeigen, daß in einer Arbeitnehmerbank etwas aufwächst, das für ihn um so notwendiger ist, je mehr „die anderen“ sich dagegen stemmen.

Aber kann denn das Ziel einer Arbeitnehmerbank, mitkontrollierend in den Gang der Wirtschaft einzugreifen und dadurch auch die sozialen Gegensätze mildern helfen, gegenüber einer solchen privatkapitalistischen Macht überhaupt erreicht werden?

Darauf muß mit einem klaren und eindeutigen „Ja“ geantwortet werden.

Es ist gut, sich an Beispielen zu orientieren, was eine Arbeiterkraft nach dieser Seite hin leisten kann. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung beschloß im Jahre 1919, im ganzen Lande Gewerkschaftsbanken zu errichten. 1924 gab es bereits über 40 Arbeiterbanken. Heute stellen die amerikanischen Gewerkschaftsbanken mit ihren 86 Millionen Dollar Depositen und mit etwa 150 Millionen Dollar (600 Millionen Mark) aktiver Mittel eine Macht im amerikanischen Wirtschaftsleben dar, mit der gerechnet werden muß. So hat die Gewerkschaft der Lokomotivführer ein Drittel der Aktien des Empire-Truists in ihre Hände gebracht, also eines der großen Bankinstitute von New York mit 64 Millionen Dollar Depositen. Zwei Vertreter der Gewerkschaft sitzen im Direktorium der Bank. Ähnlich beherrscht die Maschinistengewerkschaft die große Commercial-National-Bank. Heute ist schon die Hälfte aller Aktienkapitals in Händen der sogenannten kleinen Leute. Die Zahl der Aktionäre stieg von 4,4 Millionen im Jahre 1900 auf 14,4 Millionen in 1923. Die Zahl der Sparkonten erhöhte sich in einem Jahrzehnt von 12,6 auf 30,3 Millionen. Bei den Lebensversicherungen haben 1922 bereits über 30,3 Milliarden Dollar Versicherungen. Etwa die Hälfte aller Familien besitzt eigene Häuser, und zwar zumeist schuldenfrei. So fließt in Amerika der Arbeitsertrag in stets steigendem Maße den Arbeitnehmern zu. Auf diesem Wege werden Arbeitslust und Schaffensfreudigkeit der Arbeitnehmer wesentlich wirkungsvoller gesteigert als durch betriebliche Kontrollmaßnahmen und Anreizsysteme.

Ja, wird man sagen, die amerikanischen Arbeitnehmer verdienen auch vielmehr als die deutschen. Zugegeben, sie sind uns einige Jahre darin voraus. Zugegeben auch, daß weite Kreise bei uns heute überhaupt nicht sparen können. Aber die amerikanischen Arbeiter haben sich mit amerikanischer Zähigkeit sofort auf ihr neues Ziel geworfen, während weiteste Teile der deutschen christlichen Arbeiterschaft nach wie vor ihr Spargeld allen möglichen Geldinstituten zutragen. Zwar schimpfen sie gründlich über die Macht des Kapitalismus, aber sie tun wirklich nicht allzuviel, um die Macht des Kapitalismus durch eine Umleitung ihres Sparkapitals in die „Volksbank“ mitbrechen zu helfen.

Die deutsche christliche Arbeiterschaft, auch unsere christliche Metallarbeiterschaft, sollte, soweit ihr das Sparen möglich ist, nur und allein ihr Spargeld bei unserer Bank, der deutschen Volksbank anlegen. Dort ist es gut und besser verzinst aufgehoben als z. B. bei den städtischen Sparkassen. Wer sich und seinem Stande dienen will, für den gibt es nur diesen Weg.

G. W.

W o

Schließen die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes ihre Lebens-, Sterbegeld-, Kinder- und Rente-, Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Unfall- u. Haftpflicht-Versicherungen ab ?

Nur bei dem Deutschen Versicherungskonzern
Deutsche Lebensversicherung — Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft
Deutsche Feuerversicherung Aktiengesellschaft
Berlin-Schöneberg, Hähnelfstraße 15 a.

W a r u m ?

1. Weil seine Versicherungs-Einrichtungen vielfach billiger, seine Tarife billig und seine Versicherungsbedingungen günstig sind.
2. Weil die deutsche Lebensversicherung ein gemeinnütziges Unternehmen ist, und alle Gewinne den Mitgliedern wieder zugute kommen.
3. Weil die Deutsche Lebensversicherung und die Deutsche Feuerversicherung als wirtschaftliche Organisationen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gestützt worden sind und jeder christliche Gewerkschaftler ein Interesse daran haben muß, seine eigenen Einrichtungen zu unterstützen.

Mitarbeiter willkommen!

Geschäftsstellen:

- Generalagentur Köln, Hohenzollernstr. 51
- Generalagentur Bonn, Dörfelstr. 62
- Generalagentur Duisburg, E. e. Sonnenwall u. Reidenroffstr. 11
- Generalagentur Essen (Ruhr), Hagen 64
- Generalagentur Bochum, Hähnelstr. 11
- Generalagentur Krefeld, Hähnelstr. 36
- Generalagentur Düsseldorf, Herderstr. 43
- Generalagentur Gelsenkirchen, Schillerstr. 7
- Regionaldirektion Hamm (Westf.), Südring 8
- Regionaldirektion Dortmund, Märkische Str. 26.

Rundschau

Die Eiseninternationale

Die Pariser Verhandlungen, die den offiziellen Abschluss des kontinental-europäischen Eisenpactes bringen sollten, sind, wie wir bereits gemeldet haben, zunächst ergebnislos verlaufen, d. h. natürlich nicht, daß das Problem nunmehr reslos gelöst sei oder auch, daß wirklich grundsätzliche, schwierige Fragen noch ihrer Erledigung harren. Nach wie vor bestehen lebhaft die bekannten Differenzen über die belgische Beteiligungsquote. Ganz allgemein wird jedoch in gut unterrichteten Kreisen der festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Einigung in aller nächster Zeit bevorstehe.

Nachdem die Vertreter der deutschen Industrie, die an der letzten Pariser Verhandlung teilgenommen hatten, zurückgekehrt sind, hört die J. u. S. vom 23. September von maßgebender deutscher Seite, daß man eine Einigung mit Belgien schon in den nächsten Tagen erwarten darf. Frankreich hat, ebenso wie die anderen in Betracht kommenden Länder, dem Eisenpact endgültig zugestimmt.

Inzwischen haben die Verhandlungen in der osteuropäischen Eisenindustrie ansehnliche weitere Fortschritte gemacht. Nach einer Meldung der „Kong.-Korr.“ aus Prag, ist zwischen der tschechoslowakischen und der polnischen Eisen- und Stahl-Industrie ein Abkommen abgeschlossen worden, nach dem die Industrien der beiden Staaten sich gegenseitig verpflichten, ihre Erzeugnisse nicht in anderen Ländern zu verkaufen. Dieses Abkommen soll für die Dauer von einem halben Jahre abgeschlossen sein. Ähnliche Vereinbarungen zwischen der tschechoslowakischen Eisenindustrie und der Alpinen Montangesellschaft sind bereits seit einiger Zeit bekannt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß der Exportverband der polnischen Eisenerzwerke unter Beteiligung rumänischer Banken kürzlich in Bukarest eine Eisenvertriebsgesellschaft gegründet hat, über deren scharfe Preisunterbietungen am rumänischen Markt getagt wird. Man geht wohl nicht fehl, auch diese Maßnahme im Zusammenhang mit einer Regelung der südosteuropäischen Eisenerzkonturren zu beurteilen.

Es ist zu erwarten, daß unmittelbar nach dem Zustandekommen einer Vereinbarung in Paris über den kontinental-europäischen Eisenpact nicht nur die Verhandlungen über die regionale Ausdehnung seiner Wirksamkeit durch Aufnahmeverhandlungen mit den osteuropäischen Eisenindustrien einleiten werden, sondern daß man auch endlich die Frage des internationalen Schienenkartells zur Lösung gebracht wird. Meldungen über die Teilnahme englischer Vertreter an den letzten Pariser Verhandlungen bezeugen die Einseitigkeit, daß Besprechungen mit englischen Vertretern lediglich über diese Spezialfrage stattgefunden haben.

Was sagt die Metallarbeiterschaft zu diesen Neuforderungen? Glaubt sie, daß man mit Gleichgültigkeit oder gar Unorganisiertsein dieser Gewalt widerstehen könne?

„Das Reichsarbeitsministerium ist überflüssig“

Das Streben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zielt schon lange auf Vereinfachung des Reichsarbeitsministeriums und seine Verschmelzung mit dem Reichswirtschaftsministerium hin. Man glaubt, daß das Reichsarbeitsministerium eher geneigt sein wird, die Sozialpolitik nach dem Wunsch und dem Willen der Arbeitgeberverbände „abzugeben“. Weil es der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände unbehagen ist, daß der Reichsarbeitsminister die „Notwendigkeiten“ der Wirtschaft nicht einseitig zu lösen sich bemüht, sondern auch die Belange der Arbeitnehmer damit in Einklang zu bringen sucht, stellt man ihn als einen von den Gewerkschaften abhängigen Mann hin. Ein solcher Mann oder ein solches Amt ist zum mindesten überflüssig, wenn nicht gar schädlich. Darum erfordert es der Grundsatz der Sparmaßnahmen schon, hier abzubauen. Merkwürdig ist nur, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gar nicht daran denkt, mit dieser so gewiesenen Sparmaßnahme bei sich selber anzufangen. Denn nach den Vereinbarungen zwischen den beiden Unternehmerorganisationen „bearbeitet die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände grundsätzlich die lohn- und sozialpolitischen Fragen“ der Reichsverband der deutschen Industrie die wirtschaftspolitischen Fragen“. Weshalb hat man gar nicht daran gedacht, die Vereinigung im Reichsverband aufgehen zu lassen. Also scheinen doch wohl die sozialpolitischen und die wirtschaftlichen Fragen gelondert behandelt werden zu müssen. Oder wird bei der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Konsequenz einseitig nach den Forderungen der Eigennützigkeit vergewaltigt?

Der Arbeiter ist mitverantwortlich

Der große Zeitschriftenverlag Vogel in Pöfnitz (Thüringen) hat den Lohnkontrollen seiner Arbeiter ein Rundschreiben beigefügt, das auffordert, Verbesserungsvorschläge für den Betrieb zu machen. Das Rundschreiben lautet:

„Wir haben Sie auf Ihren Posten gestellt, weil wir überzeugt sind, in Ihnen den richtigen Mann an richtiger Stelle zu wissen. In pflichtgetreuer Erfüllung Ihrer Aufgaben sind Sie zu einem kräftigsten Gliedmann Ihres ergiebigen Arbeitskreises geworden. — Es ist nun leider der Nachteil aller Geschäftsbetriebe, daß der einzelne in der großen Masse verschwindet, wenn er nicht selbst auf irgendeine Weise die Aufmerksamkeit der Geschäftsleitung auf sich lenkt. Wir möchten daher den anhängenden Formularvordruck zu einem Verbindungsweg zwischen unseren Mitarbeitern (ganz gleich, auf welchem Posten) und der Geschäftsleitung werden lassen.“

Keiner kennt die franten Stellen der täglichen Arbeitsabwicklung besser, als gerade Sie! Ihrer Beobachtungsgabe ist es sicher nicht entgangen, daß viele oder jene Arbeit mit geringem Zeitaufwand durchgeführt werden, daß Kosten und Materialen erspart werden könnten. Trotz alledem lernen wir bei manchen Fehler nie ganz kennen, weil der einzelne keinen Vorteil darin sieht, Mängel zu entdecken. Es sei deshalb in Erinnerung gebracht, daß wir Vorschläge, etwa Verbesserungen in Arbeitsverfahren, Kostenersparnissen oder Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen, präzisieren. Ihre Vorschläge sollen aus einem Prüfungsausschuß dafür bestehen, ob Ihre besonderen Fachkenntnisse und Erfahrungen Sie nicht zu einer höheren Entlohnung, gegebenenfalls zu einer Beförderung berechtigen. Auch jetzt sind schon in unserem Hause eine Anzahl von Herren tätig, die sich aus kleinen Anfangsstellungen heraus zu hochgehobenen und tüchtigen Mitarbeitern heraufgearbeitet haben. Das Schlußwort „Freie Wahl dem Vorschlag!“ soll auch für Sie Geltung haben, wenn Sie Ihre berufliche Entwicklung noch nicht als abgeschlossen betrachten, wenn Sie unsere Absichten ernst nehmen. Sie brauchen kein schematisch eingetrigtes Glied in einer langen Kette zu bleiben, wenn Sie selbst neue Wege einschlagen können! Unterstützen Sie bitte den Wert von Kleinigkeiten nicht, denn ein jeder Betrieb legt sich lediglich aus tausenderlei Kleinigkeiten zusammen. Zum Nachteil der Gesamtheit muß Leerlaufarbeit ebenso teuer bezahlt werden wie wirkliche Produktion; wenn sie ist, streng genommen, sogar viel kostspieliger und daher kommt es, daß produktive Arbeit nicht immer nach Gebühr bewertet werden kann.

Sagen Sie uns auf anhängendem Blatt frei und offen Ihre Meinung, verweigern Sie auch nicht, wenn feilsche Umstände Ihre Arbeitsfreude trüben. Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen, und deshalb wollen wir auch Ihnen helfen, soweit es nur in unserer Macht liegt.

Ihre Eingabe wird auf Wunsch streng vertraulich behandelt. Glauben Sie unseren kühnen Schritte zu haben, Ihren Namen nicht zu nennen, schreiben Sie wenigstens unter einem Kennwort, damit wir Ihnen antworten können. Sie werden unter Umständen Anwartschaft auf eine Prämie haben; es muß also die Möglichkeit vorhanden sein, Sie durch Anschlagbreit davon in Kenntnis zu setzen.“

In Amerika hat man mit derartigen Aufforderungen bereits die besten Ergebnisse gemacht. Wer allem bei-ut Ford, daß er den Anregungen der Mitarbeiter für die Verbesserung seiner Betriebsanrichtungen sehr viel zu verdanken habe.

Kündigung durch Anschlag ist unwirksam

Vor einiger Zeit verlor die anlässlich einer Bewegung die Leitung der Deutschen orthopädischen Werke Berlin eine Neuordnung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter dadurch zu erreichen, daß sie durch Anschlag an schwarzen Brettern der gesamten Arbeiterchaft kündigte, mit dem Bemerkung, daß nach Ablauf der 14tägigen Kündigungsfrist ein neues Arbeitsverhältnis unter Kündigungsaustrittsbeginn sollte. Was dahin galt bei dem Werk die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist, die man also auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ zu befeitigen trachtete.

Einige Wochen später wurden zwei Arbeiter ohne Kündigung entlassen. Sie klagten beim Gewerbegericht auf Bezahlung der 14tägigen Kündigungsfrist mit der Begründung, der Anschlag der Firma sei eine einseitige und deshalb nicht zulässige Änderung der Arbeitsordnung. Da ihnen keinerlei neue persönliche Kündigung zugegangen sei, so habe das alte Arbeitsverhältnis mit der gesetzlichen Kündigung am Tage ihrer Entlassung noch bestanden. Die fristlose Entlassung sei also unberechtigt.

Das Gericht (Kammer 7) erkannte den Anspruch der Kläger an, da die Kündigung durch Anschlag nicht wirksam sei. Sie hätte jedem einzelnen Arbeiter jugestellt werden müssen.

Achtung! Soziale Wahlen!

Die Wahlen zu den Rägern und den Behörden der reichsgesetzlichen Sozialversicherung müssen gelegentlich in diesem Jahre stattfinden. Dem Reichstage liegt aber augenblicklich ein Gesetzesentwurf vor, durch den diese Wahlen einheitlich zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt werden sollen.

Durch einen Erlass vom 26. August 1926 (II. 7177/26) hat das Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß die Wahlen, die schon fällig sind oder nicht fällig werden, bis auf weiteres aufzuschieben sind.

Diesem Erlass des Reichsarbeitsministeriums wohnt eine verbindliche Wirkung nur für die Versicherungsbehörden inne. Die Versicherungsträger sind rechtlich nicht gebunden, die Wahlen zu verschieben. Trotzdem ist es angebracht, allerorts auf die Krankenkassen dahin einzuwirken, daß sie die Wahlen zurückstellen bis nach Verabschiedung des zu erwartenden Gesetzes. Wo die Krankenkassen dem nicht entsprechen, bietet sich keine Handhabe, die Wahlen zu verschieben und sind hier unverzüglich teils der zuständigen Stellen der christlichen Gewerkschaften die Wahlvorbereitungen zu treffen.

Eine verhängliche Frage

In der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 671) beschäftigt sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ministerpräsident a. D. Stegerwald, mit dem Bekanntnis der Dresdener Industriellentagung zur Anerkennung der Gewerkschaften als der beruflichen Vertretung der Arbeitnehmerchaft. Stegerwald begrüßt ein solches Bekanntnis, weil es dazu dienen könnte, die sozialen Gegensätze zu überbrücken und so zugleich dahin wirke, daß aus den Menschen, die die Mitte Europas bewohnen, ein deutsches Volk mit einem einheitlichen nationalen Willen gebildet werde. Die Notwendigkeit eines deutschen Volkstums mit einheitlichem nationalen Willen besteht Stegerwald plausibel an dem, was die Deutschen und was die Fremden seit Ausbruch des Weltkrieges erreichten.

Die in der Arbeitnehmerchaft allgemein vorhandene Zweifel über die Stützung der Silberbergischen Auslassungen auf der Industriellentagung durch die gesamte Arbeitgeberchaft macht sich auch Stegerwald zu eigen. Er schreibt dazu:

„Die Ehrlichkeit der Besinnung Silberbergs sei unbestritten. Auffällig aber ist der gewaltige Gegensatz, der sich kundgibt zwischen der praktischen Haltung zahlreicher Industrieller und den Silberbergischen Ausführungen. Beides steht zeitlich so in einem Zusammenhang, daß wohl die Frage am Platze sei, ob man denn in der Industrie von gestern auf heute umgelert hat. Die Weigerung zum Abschluss von Tarifverträgen und die sich wiederholenden Versuche, sogenannte Werkgemeinschaften zum Träger von Tarifverträgen zu machen, bekunden den Gegensatz zwischen Wort und Tat ebenso, wie die Angriffe auf das Reichsarbeitsministerium, eben weil es die Gewerkschaften als berufene Arbeitervertretung auch gesetzlich anerkennen will. Nur eine Möglichkeit scheint es zu geben, die deutschen Industriellen und ihre Organisationen von dem Vorwurf der Zweiselligkeit zu befreien: Die nachmalige schriftliche Vereinbarung mit den Gewerkschaften, daß nur die Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiter anerkannt werden, analog den Abmachungen von November 1918, und die sofortige Einstellung aller materiellen und ideellen Förderung der gelben Werkvereine. Sind dazu die ober alle deutschen Wirtschaftsführer und die Verbände der Arbeitgeber bereit?“

Das ist für die deutschen Arbeitgeber und ihre Organisationen eine sehr verhängliche Frage. Aber sie ist entscheidend dafür, ob wirklich hinter Dr. Silberberg wenigstens der maßgeblichste Teil der deutschen Industriellen steht. Auf die Antwort der Industriellen darf man gespannt sein. Fällt die Frage bejahend aus, so muß sie natürlich auch die klare Ablehnung jeder indirekten Förderung der gelben Werkvereine enthalten. Wieviele Organisationen und Persönlichkeiten heute die Propaganda für die gelben Werkvereine betreiben, ist nur schwer zu übersehen. Kein Zweifel aber kann darüber aufkommen, daß alle diese Stellen zur Beauftragung von Gruppen und Einzelpersönlichkeiten in der deutschen Wirtschaft sind und die ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel nur aus Wirtschaftskreisen stammen können. („Der Deutsche“, 214.)

Tarifverträge im Deutschen Reich

Nach dem eben erschienenen Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, betitelt „Die Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1925“, wurden gemäß an diesem Termine insgesamt 9861 Tarifverträge für 1 187 963 Betriebe und 21 719 109 Personen, darunter 4 690 175 weibliche. Von diesen Tarifverträgen wurden im Laufe des Jahres 1924 neu abgeschlossene 4872 für 871 674 Betriebe und 13 760 402 beschäftigte Personen, davon 3 281 270 weibliche. Sehr bemerkenswert ist die Statistik über die in diesen Tarifverträgen festgelegte Arbeitszeit. Die Statistik gibt folgende Zahlen an:

Arbeitszeit	bei Tarifverträgen	für m. Besch.	Perz. davon	überhaupt	weibl.
bis 42 Stunden	0,8	0,2	5,1	0,1	
über 42-45 Stunden	2,1	1,8	3,2	1,6	
über 45-46 Stunden	3,4	1,3	3,3	5,8	
über 46-47 Stunden	1,3	0,6	0,3	0,1	
48 Stunden	86,9	73,1	77,2	79,2	
über 47 bis unter 48 Stunden	0,1	0,0	0,0	0,1	
über 48 Stunden	5,4	23,0	10,9	13,1	

Aus den Zahlen ergibt sich, daß in 94,6 Prozent der Tarifverträge, für 77 Prozent der Betriebe, mit 89,1 Prozent der Beschäftigten überhaupt die wöchentliche 48stündige Arbeitszeit oder eine geringere gehalten werden konnte. Nur in einem Bruchteil der Tarifverträge und Betriebe ist eine längere Arbeitszeit festgelegt.

Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie

Das beide sich als Teile einer Bewegung betrachten, ist aus tausend Einzelfällen hinlänglich bekannt. Ein neues Bekanntnis dieser Gemeinsamkeit bringt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, in seiner Nr. 220 vom 12. 9. 26. In einem Leitartikel aus Anlaß der internationalen Besprechung der sozialistischen Gewerkschaften sagt er folgendes:

„Die gewerkschaftliche Bewegung, die heute beginnt, ruft alle Sozialdemokraten auf den Plan. Wir brauchen weiteren Leuten nicht die Bedeutung, die Tätigkeit und den Einfluß der freien Gewerkschaften klarzumachen. Die Sozialdemokratie steht an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung und hat es immer als ihre wesentliche Aufgabe betrachtet, die Forderungen der Gewerkschaften in allen öffentlichen Körperlichkeiten zu vertreten. Darum heißt es auch in unserem in Heidelberg beschlossenen Parteiprogramm, daß mit dem Druck und mit dem Einsatz der Hochqualifikation und der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse freigeit und daß dieser Widerstand zummindest nicht nur durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sondern durch die freie Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.“

Unsere Leser wissen, daß sich der „Vorwärts“ bei allen wichtigen Vorgängen in der Gewerkschaftsbewegung in den Dienst der Gewerkschaften ge-

stellt hat, wie jetzt auch die Partei zur Flugblattverteilung während der Werbeweche ihre Mitglieder und ihren Apparat in den Dienst der Gewerkschaften stellt. Die Erklärung, die der unvergeßliche Wönlburg vor zwanzig Jahren als Vorsitzender des Gewerkschaftskongresses abgegeben hat: „Partei und Gewerkschaften sind ein“ hat manche Erklärung tatlicher und prinzipieller Natur hervorgerufen. Schließlic war sie aber doch nichts anderes als der Ausdruck einer Erkenntnis, die jedem Genossen selbstverständlich ist; der Erkenntnis, daß Partei und Gewerkschaft unzerreißbar zusammengehören.“

Das ist, wie schon betont, nichts Neues. Es sollte aber unsere Freunde veranlassen, auch ihrerseits mit der Werbearbeit allwärts zu beginnen und die christlichen Metallarbeiter in unserem Verbande zu sammeln.

Löhne und Lebensmittelpreise

Bei einem Vergleich des Verhältnisses von Lohn und Lebensunterhalt in den hauptsächlichsten Ländern Deutschland, England, Frankreich, Schweiz und Amerika scheidet zunächst Frankreich aus, weil der anhaltende Frankfurter keine sichere Vergleichsbasis möglich macht. Trotzdem beobachten wir auch hier dasselbe Symptom wie beim Währungsverfall in Deutschland: Beim Wellauf der Löhne mit den Kosten des Lebensunterhaltes hinten die ersteren immer weiter hinterher, daß der Kampf beinahe ausschloß erscheint. In der Schweiz haben wir im großen und ganzen stabile Verhältnisse mit einer geringen Tendenz zur Verbilligung des Lebensmittelunterhaltsindex bei gleichbleibenden Löhnen. In England wurde die erhebliche Verbilligung des Lebensunterhaltes aufgewogen durch starke Lohnreduzierungen. Während also hier immerhin das Gleichgewicht gewahrt blieb, zeigte die Magische in Deutschland und Amerika fühlbare Schwankungen, und zwar in umgekehrter Richtung. In den Vereinigten Staaten verursachte die Senkung der Nahrungsmittelpreise eine Erleichterung der Lebenshaltungskosten, wobei gegenüber dem Vorjahre die Gesamtschlussummen um 4,1 v. H. stiegen und der Stand der Beschäftigten sich um 1,3 v. H. besserte. In Deutschland dagegen ging die Gesamtschlussumme nach unten, während die Nahrungsmittelpreise im Juli gegenüber Juni um 2 v. H. und der gesamte Lebensunterhalt um 1,5 v. H. anstieg. Von Frankreich abgesehen, ist also der deutsche Arbeiter im Augenblick am ungünstigsten gestellt.

Sehr vernünftige Worte

Gegenüber den starken Bestrebungen in der deutschen Industrie, Tarifverträge, Sozialpolitik, sowie alle Rechte der Arbeitnehmer direkt oder indirekt durch Schaffung von gelben Werkvereinen zu befeitigen, bricht sich ab und zu auch die Stimme der Vernunft. So machte auf der deutschen Bauwoche in Köln der Syndikus Dr. Grundmann, Berlin, (Kölnische Zeitung, 674/1926), in seinem Vortrag über „Die Stellung des Baugewerbes zur Tarifverträge und Sozialpolitik“ treffliche Ausführungen, die man in vielen Teilen durchaus unterschreiben kann:

„Das Baugewerbe hält fest an dem Grundsatz, Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit den zuständigen Fachgewerkschaften regeln zu wollen. . . Der roten Stimmgabel werden weniger werden, wenn die Gesellschaftsverhältnisse zwischen Arbeitgeberchaft und Arbeitnehmerchaft im Wirtschaftsprozess eine innere Umstellung erfahren. Was wir brauchen, ist aber eine Um- und Einstellung jeder Seite, daß keiner der beiden Teile aus dem Wirtschaftsprozess auszufallen ist, ohne daß die Wirtschaftsmaschine zerstört wird und daß diese grundsätzliche Anerkennung ein maßgebendes Recht des Mittelens bedingt. Hier von ausgehend, möchte ich zusammenschaffen sagen, daß das Unternehmertum des Baugewerbes sich mit vollem Bewußtsein zur Tarifverträge und Sozialpolitik bekennt. Es glaubt, daß gerade im Baugewerbe der Arbeitgemeinschaftgedanke sich durchsetzen muß, weil erst in der gegenseitigen Anerkennung der in beiden Lagern, dem der Arbeitgeber und dem der Arbeitnehmer, schlummernden Kräfte die Grundlage gefunden werden kann, die uns aus der Not der Wohnungs- und Bauwirtschaft befreit, die durch Beilegung des für den Jantandsbedarf so wichtigen Schlüsselgewerbes auch befreundet auf andere Wirtschaftszweige sich auswirkt und damit an ihrem Teil zur Schaffung eines freien, geeinten Volkes in Hingebungsvoller Liebe an allen seinen Teilen beitragen wird.“

Wenn diese vernünftige Stimme nicht vereinzelt bliebe, fände es best: um die Entgiftung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Und es wäre schon viel gewonnen, wenn man Dr. Grundmann wirklich als den Wortführer des größeren Teiles der Arbeitgeber des Baugewerbes ansehen darf.

Bekanntmachung

Samstag, den 3. Oktober, ist der 41. Wochenbeitrag fällig.

Die Fortsetzung des Artikels über „Werkpensionskassen“ erfolgt in nächster Nummer.

„Bücher der Arbeit“

- Band 1: Georg Wieber: Christentum und soziale Idee (3. Auflage) M. 1.00
- Band 2: Theodor Brauer: Die moderne Gewerkschaftsbewegung (2. Auflage) M. 1.00
- Band 3: Karl Schmitz: Verstaatlichung der Schwereisenindustrie oder soziale Gemeinwirtschaft M. 1.00
- Band 4: Franz Goerrig: Das Betriebsabwärtige in der Hand des Betriebsrates M. 1.00
- Band 6: Christoph Wierprecht: Erde - (Gebichte) (2. Auflage) M. 1.50
- Band 7: Wilhelm Mauer: Friedsträfte der modernen Wirtschaft M. 1.00
- Band 8: Dr. Karl Dunmann: Volksgemeinschaft, Sozialpolitik und Selbstkultur M. 1.00
- Band 9: Wilhelm Mauer: Hundert Jahre deutsche Wirtschaft, 1813-1914 M. 1.50
- Band 10: Prof. Dr. G. H. Driels: Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik M. 1.50
- Band 12: Dr. Rauecker: Sozialpolitik durch Produktionspolitik M. 1.00
- Band 13: Karl Schirmer: 50 Jahre Arbeiter M. 1.00
- Band 14: Franz Wolberg: Zum Manne heran M. 1.50
- Band 15: Heinrich Kreil: Der Kampf um die Arbeitszeit M. 1.00
- Band 16: W. Herchel: Kollektives Arbeitsrecht (3. Auflage) M. 2.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom

Echo-Verlag, Duisburg
Musterfeldstraße

Ritter-Taschenbuch

für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues, mit vielen Tabellen und Abbildungen A. Ritter, Oberrnigk bei Breslau Preis geb einschließlich Versandkosten 3,60 Reichsmark